

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche
am 15.04.2021

Tagungsort: Große Mensa der Martin-Niemöller-Gesamtschule

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:10 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Jörn Debener
Herr Steve Wasyliw
Frau Johanna Weber
Herr Michael Weber

SPD

Herr Jörg Benesch
Frau Susanne Kleinekathöfer
Frau Heike Peppmüller-Hilker

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Stephan Godejohann
Herr Gerd-Peter Grün
Herr Prof. Dr. Martin Sauer
Frau Ruth Wegner

Vorsitz

FDP

Herr Gregor Spalek

Die Linke

Frau Inge Bernert

AfD

Frau Heliane Ostwald

Von der Verwaltung:

Herr Andreas Hansen, Bezirksamt

Frau Martina Knoll-Meier, Bezirksamt Jöllenbeck, Schriftführung

Entschuldigt fehlen

Frau Renate Niederbudde (B 90/Die Grünen)

Herr Darius Haunhorst (SPD)

Herr Dr. Hartwig Hawerkamp (Die Linke)

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer (B 90/Die Grünen) eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgemäße Einladung zur 6. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 15.04.2021 sowie deren Beschlussfähigkeit fest.

Er weist daraufhin, dass Corona-bedingt einige Mitglieder der Sitzung ferngeblieben sind. Außerdem soll die Sitzung – ebenfalls Corona-bedingt – möglichst kurz abgehalten werden. Auf umfangreiche Aussprache zu den Tagesordnungspunkten ist zu verzichten.

Zu Punkt 1 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Schildesche

Zu Punkt 1.1 Frage von Herrn Reinhard Schäfers, Wiesenbach 18 a, 33611 Bielefeld zur Wegeverbindung Neubau MNG

Herr Schäfers hat seine Fragen schriftlich eingereicht:

„Im November 2018 haben der Rat der Stadt Bielefeld, die zuständigen Ausschüsse und die Bezirksvertretung Schildesche mit gleichlautenden Beschlüssen dem Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule an zwei Standorten zugestimmt. Bestandteil des Beschlusses ist, dass „beim Architektenwettbewerb eine sichere ebenerdige Wegeverbindung zwischen den Teilgebäuden (einschl. Turnhallen) und der Stadtbahnhaltestelle in den Entwürfen mitberücksichtigt werden“ (Protokoll der Ratssitzung vom 08.11.2018, Seite 5) soll. Dieser Teil des Beschlusses ist beim durchgeführten Architektenwettbewerb missachtet worden. Dennoch bleibt das Ziel, „eine sichere ebenerdige Wegeverbindung“ zu schaffen, bestehen – es sei denn, es ist eine neue Beschlusslage entstanden, was mir nicht bekannt ist. Zu meiner großen Verwunderung wird inzwischen aber wohl ernsthaft über eine Brückenverbindung über die Straße „An der Reegt“ nachgedacht.

Frage 1: Gibt es neue Beschlüsse der politischen Gremien, die das Ziel der „sicheren ebenerdigen Wegeverbindung“ außer Kraft setzen?

Frage 2: Wenn das nicht der Fall ist, fühlen sich der Bezirksbürgermeister und die Fraktionen in der Bezirksvertretung Schildesche weiterhin an den Beschluss vom 08.11.2018 gebunden und werden sie Überlegungen zu einer „Brückenlösung“ mit Hinweis auf die bestehende Beschlusslage frühzeitig eine Absage erteilen?“

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer beantwortet die Fragen wie folgt:

Antwort Frage 1: Nein, solche Beschlüsse gibt es nicht. Der damalige Beschluss der BV Schildesche, dem sich der Rat der Stadt Bielefeld seinerzeit angeschlossen hatte, musste auf Grund eines Einspruchs der Architektenkammer leider aus der Wettbewerbsausschreibung herausgenommen werden. Die *politische* Beschlusslage hat sich dadurch aber

nicht verändert.

Antwort Frage 2: Ich gehe davon aus, dass die Mitglieder der BV Schildesche auch weiterhin der Auffassung sind, dass eine „Brückenlösung“ für die Überquerung der Straße An der Reegt nicht wirklich zielführend ist. Dafür gibt es mehrere gute Gründe, die dem Fragesteller bekannt sind, da er den Beschluss damals mit gefasst hat. Dem vom ISB beauftragten Gutachter ist der erwähnte Beschluss der BV Schildesche bekannt. Er hat seinerseits bereits bei seinem Zwischenbericht deutlich gemacht, dass die „Brückenlösung“ zu den von ihm dargestellten und diskutierten Lösungsvorschlägen gehören wird, dass sie aber nicht von ihm empfohlen werden wird – allein schon wegen der geländebedingten langen Rampen.

Die Antworten werden Herrn Schäfers schriftlich zugesandt.

-.-.-

Zu Punkt 1.2

Frage von Herrn Markus Schickore, Deciusstraße 34, 33611 Bielefeld zur Deciusstraße

Herr Schickore hat seine Frage schriftlich eingereicht:

„Ich möchte mir die Frage erlauben, ob für die Deciusstraße - neben der Gefahrenstelle Straßenbahnlinie Ecke Beckhausstraße - nicht insgesamt ein neues Verkehrskonzept ratsam wäre:

Die gegenseitigen Gefährdungen - insbesondere auch in den Bereichen der parkenden Autos - ist erheblich:

1. PKW und LKW

a) gefährden sich gegenseitig, da aufgrund der versetzten Parklücken viele Verkehrsteilnehmer Entfernungen und Distanzen falsch abschätzen und es immer wieder zu gefährlichen Begegnungsverkehr im Bereich der parkenden Autos kommt. (An abgefahrenen Spiegel und Lackschäden an Autos hat man sich als Anwohner schon lange gewöhnt.)

b) sie gefährden durch enge Überholmanöver Radfahrer auf der Straße

c) bei Begegnungsverkehr wird oft auf die breiten Bürgersteige ausgewichen: PKW und LKW fahren regelmäßig (mehrfach täglich zu beobachten) um auszuweichen mit einer Fahrzeugseite oder sogar komplett auf den Bürgersteigen, was Kinder aber auch Erwachsene erheblich gefährdet - insbesondere da das Tempo dabei kaum oder teilweise auch gar nicht reduziert wird.

2. Radfahrer

- fahren regelmäßig auf dem Fußweg (für Radfahrer frei, KEIN Radweg) und gefährden ihrerseits Kinder und Erwachsene, die dort gehen oder von Grundstücken kommen, durch sehr schnelles Fahren aufgrund der geraden und abschüssigen Strecke (hin zur Apfelstraße). (Selbst mit meinem Reserveklapprad ist es kein Problem dort auf ca. 30km/h zu kommen - mit dem Rennrad Richtung Apfelstraße ist PKW-Geschwindigkeit einfach zu erreichen - beides natürlich nur auf der Straße.) Radfahrer auf dem Fußweg sind ihrerseits gefährdet durch aus Ein-

fahrten kommenden Auto.

Ein ganzheitliches Verkehrskonzept der Deciusstraße unter Einbeziehung aller Verkehrsteilnehmer wäre dringend nötig! Die Deciusstraße ist als Durchgangsstraße mit Tempo 50 versehen. Alle angrenzenden Straßen sind Tempo 30 beschränkt (Ditfurthstraße, Am Poggenbrink, sogar Apfelstraße und Beckhausstraße auf dieser Höhe!). Eine Temporeduzierung auf 30 auch der Deciusstraße würde die Einschätzbarkeit von Distanz und Geschwindigkeit des Gegenverkehrs deutlich erleichtern - und sicher nicht zu Verzögerungen führen, da dadurch der gefährliche Begegnungsverkehr reduziert würde. Auch würden sich mehr Radfahrer wieder auf die Straße wagen (ich mich zumindest deutlich häufiger) und damit ihrerseits die Gefahr für Fußgänger reduzieren. Die Freigabe der Fußwege für Radfahrer müsste in Hinblick auf die Fußgängergefährdung überdacht werden. Gibt es evtl. gute Konzepte für ähnliche Situationen für Radfahrer und Fußgänger in derartigen Bereichen?

Schön wäre im Übrigen ein in der 30er-Zone in der Apfelstraße Ecke Deciusstraße ein Fußgängerüberweg oder eine -ampel hin zum Bultmannspark, um auch dort eine sichere Überquerung insbesondere für Kinder und Ältere zu ermöglichen - stattdessen endet kurz vorher dort die 30-Zone.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer sagt zu, diese an das Amt für Verkehr mit der Bitte um Antwort/Stellungnahme weiter zu leiten.

-.-.-

Zu Punkt 1.3

Frage von Herrn H.-J. Dederling, Am Poggenbrink 10, 33611 Bielefeld zur Straße Wiesenbach

Herr Dederling berichtet, dass vor einigen Jahren die Gehwege in der Straße „Wiesenbach“ neu verlegt wurden. Jetzt seien nach Regenfällen große Pfützen zu beobachten. Er regt an, jetzt schnell Korrekturen vorzunehmen, um möglicherweise große, kostspielige Reparaturen in wenigen Jahren zu verhindern.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer sagt zu, dies vom Umweltbetrieb prüfen zu lassen.

-.-.-

Zu Punkt 1.4

Fragen von Herrn Heinrich Feldmann, Beckhausstraße 254, 33611 Bielefeld zu verschiedenen Themen

Herr Feldmann stellt folgende Fragen:

1. Straßenbahn entlang der Beckhausstraße: Ist es möglich, die zurzeit gelben Blinklichter, die auf die nahende Straßenbahn hinweisen, durch rote Lichter zu ersetzen? Rot bedeutet für den Auto-

fahrer eher „Achtung, Gefahr“ und könnte helfen, Unfälle zu vermeiden.

2. Fluglärm: Ist es möglich, den Fluglärm über Bielefeld zu verhindern? Dieser Fluglärm weckt böse Erinnerungen.
3. Martin-Niemöller-Gesamtschule: Um den Neubau in der geteilten Form auf zwei Grundstücken zu verhindern, regt Herr Feldmann Möglichkeiten an, die Schule nur auf dem bisherigen Grundstück zu bauen. Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer erklärt, dass diese Möglichkeiten bereits geprüft wurden und keine Aussichten auf Erfolg haben. Der Rat der Stadt Bielefeld habe hier eindeutig entschieden. Die Frage 3 ist damit direkt beantwortet.

Die Fragen 1 und 2 werden an die Fachverwaltung weitergeleitet.

-.-.-

Zu Punkt 1.5 Frage von Herrn Schäfers, schriftlich eingereicht am 28.1.2021

„Der Neubau der Martin-Niemöller-Gesamtschule wurde im Dezember 2018 von der Bezirksvertretung Schildesche, den zuständigen Ausschüssen des Rates und dem Rat der Stadt Bielefeld auch mit dem Argument beschlossen, eine Sanierung des bestehenden Gebäudes oder die Errichtung eines neuen Gebäudes am alten Standort sei im Vergleich zu einem Neubau an zwei Standorten teurer. Ein Artikel in der „Neuen Westfälischen“ vom 22.01.2021 trägt die Überschrift „Gesamtschule wird 'deutlich' teurer“. Leider geht aus dem Artikel nicht hervor, auf welche Größe sich „deutlich teurer“ bezieht.

Frage 1: Auf welchen ursprünglichen Betrag bezieht sich die Aussage „deutlich teurer“ und welcher Betrag war seinerzeit die Vergleichsgröße zu Sanierung und Neubau am alten Standort?

Frage 2: Werden sich die Bezirksvertretung Schildesche, die zuständigen Ausschüsse und der Rat aufgrund der Aussage „deutlich teurer“ erneut mit der Problematik Martin-Niemöller-Gesamtschule beschäftigen und werden sie auf der Grundlage belastbarer Zahlen zu den Errichtungskosten einschließlich einer eventuellen Neugestaltung der Verkehrswege (An der Reegt) und der verringerten Steuereinnahmen der Stadt in den Zeiten der Pandemie gegebenenfalls alte Beschlüsse revidieren?“

Frage 1 beantwortet Herr Peter (ISB):

„Mit einer Kostenberechnung als Ergebnis der Planung ist nach aktuellen Erkenntnissen frühestens im Frühsommer zu rechnen, weil noch nicht alle Ergebnisse der Fachplaner (z.B. Tragwerksplanung, Technische Ausstattung usw.) vorliegen. Die Aussage "deutlich teurer" bezieht sich zunächst auf die in großen Teilen der Öffentlichkeit verbreiteten Annahme, dass die als Fördermittel vorgesehene Summe von 42 Millionen € als Projektgesamtkosten verstanden werden könnte.

Die Grundlage der Entscheidung für einen Neubau gegenüber einer Sanierung bezog sich auf eine im Jahr 2017 geschätzte Gesamtsumme von

58,8 Mio € zuzüglich der Betriebskosten über 20 Jahre. "Deutlich teurer" bezieht sich aber auch auf Erkenntnisse, die seit der Entscheidung im Jahr 2017 gewachsen sind:

- Die Baupreise sind seit 2017 jährlich zwischen 4 und 5 % gestiegen
- Die Anforderungen an Abfalltrennung und damit die Kosten für Rückbau und Entsorgung sind ebenfalls erheblich größer geworden
- Die damals angenommenen Kosten für eine Zwischenunterbringung im Sanierungsfall sind inzwischen auf ein Vielfaches gestiegen
- Anforderungen an Barrierefreiheit, Denkmalschutz, Energieeinsparung, Nachhaltigem Bauen, Brandschutz usw. wurden erhöht
- Grundlage der Planung ist ein pädagogisches Konzept, das im Jahr 2018 vorgelegt wurde. Die dort beschriebenen Anforderungen an eine Gebäudestruktur werden den Aufwand in der Umsetzung nochmals deutlich erhöhen und wären in dem Bestandsgebäude kaum mit angemessenem Aufwand abzubilden“

Die 2. Frage beantwortet Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer:

„Die Frage ist nicht mit letzter Eindeutigkeit zu beantworten. Die BV Schildesche wird sich voraussichtlich nicht erneut mit dieser Frage beschäftigen, da derzeit ein eindeutiger Beschluss des Rates der Stadt Bielefeld vorliegt und die BV Schildesche für Fragen der Finanzierung des Schulneubaus nicht zuständig ist, sondern nur als quasi „Erste Instanz“ für die notwendige Änderung des Bebauungsplans und für die Verkehrsführung an der Straße „An der Reegt“.

Wie der Berichterstattung in der Presse zu entnehmen ist, trägt nicht die gesamte neue Mehrheits-Koalition im Rat den Ratsbeschluss zur Errichtung des Neubaus an zwei Standorten mit. Daher ist es grundsätzlich möglich, dass eine Fraktion im Rat oder auch Einzelvertreter einen entsprechenden Antrag einbringen und dass dieser Antrag auch eine Mehrheit findet. Ich persönlich rechne aber nicht damit, da durch die verschiedenen Gutachten und Beratungsprozesse sowie den Architekten-Wettbewerb schon erhebliche Vorlaufkosten entstanden sind. Außerdem hat der Entwurf des Architekturbüros Staab in überzeugender Weise das unter fachlicher Beratung entwickelte pädagogische Konzept architektonisch umgesetzt.“

Die Antworten sind Herrn Schäfers schriftlich zugegangen.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 5. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 04.03.2021

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 5. Sitzung der Bezirksvertretung Schildesche am 4.3.2021 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

3.1 In der Sitzung am 4.3.2021 wurden Fragen zu Mobilfunkmasten im Stadtteil Schildesche gestellt.

Die Antworten wurden den Mitgliedern per Mail zugesandt.

3.2. Standort neue Grundschule im Suchgebiet Babenhausen/Schildesche

In diesem Zusammenhang wurde die Frage gestellt, warum das Grundstück Ecke Schloßhofstraße/Drögestraße als für den Schulneubau ungeeignet eingestuft wurde.

Das Amt für Schule antwortet wie folgt:

„Das Grundstück `Ecke Schloßhofstraße / Drögestraße` (früher Gartenbaubetrieb Kowert) ist u.a. auf Grund der Grundstücksgröße für einen Schulneubau als ungeeignet eingestuft worden. Die ehemalige Industrie- und Gewerbefläche der Gärtnerei ist mit ca. knapp 9.000 m² für eine Grundschule nach aktuellem Standard zu klein. Ergänzend stützen die aktuellen Geodaten die Vermutung, dass das Grundstück als Altlastverdachtsfläche (AA308) kennzeichnet ist.“

Herr Wasyliw (CDU) bittet das Amt für Schule ergänzend zu dieser Antwort allgemein um Nennung der Größe eines Grundstücks für einen Grundschulneubau. Außerdem fragt er, wie groß konkret die Fläche für den geplanten Neubau der Grundschule auf dem Grundstück an der Brodhagenschule sei.

Herr Weber (CDU) merkt an, dass in der Sitzung der BV Dornberg ein Auftrag erteilt wurde, ob ein Grundstück neben der Andreaskirche in Babenhausen für die Grundschule Babenhausen geeignet sei. Er bittet die Verwaltung in einer der nächsten Sitzungen um Berichterstattung.

-.-.-

Zu Punkt 4

Anfragen

Zu Punkt 4.1

Errichtung eines barrierefreien Übergangs an der Kreuzung Kurt-Schumacher-Straße/Jakob-Kaiser-Straße (gem. Anfrage der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke v. 15.02.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 0754/2020-2025

1) Wann ist es geplant, den Fußgänger-Überweg an der Kreuzung Jakob-Kaiser-Straße/Kurt-Schumacher-Straße behindertengerecht auszubauen?

Antwort vom Amt für Verkehr: „Die Nachrüstung der Lichtsignalanlage ist für das erste Halbjahr 2022 geplant.“

2) Ist es kurzfristig möglich, u.a. auch wegen des Altenheims am Bültmannshof und dem Neubau des Begegnungszentrums die beiden Lichtsignalanlagen an der Jakob-Kaiser-Straße und der Kurt-Schumacher-Straße baulich barrierefrei einschl. der Vervollständigung eines Blinden-leitsystems herzurichten?

Antwort vom Amt für Verkehr: „Die Lichtsignalanlage in der Jakob-Kaiser-Straße wurde bereits 2005 mit Blindentastern geplant und gebaut. Die Nachrüstung der Lichtsignalanlage an der Kreuzung Kurt-Schumacher-Straße / Jakob-Kaiser-Straße ist verbunden mit hohem planerischen sowie technischen Aufwand. Deshalb ist eine kurzfristige Nachrüstung von Blindentastern sowie taktilen Elementen an der Kreuzung in diesem Jahr nicht möglich. Wie in Punkt 1 erwähnt, soll das Vorhaben im ersten Halbjahr 2022 umgesetzt werden.“

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 4.2

Wasserqualität des Schloßhofbachs (Anfrage der CDU-Fraktion v. 06.04.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1178/2020-2025

vertagt

-.-.-

Zu Punkt 4.3

Gerätehausneubau Freiwillige Feuerwehr Schildesche (gem. Anfrage der CDU-Fraktion und des Vertreters der FDP v. 08.04.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1227/2020-2025

Text der Anfrage:

Wie ist der derzeitige Planungsstand bzgl. des geplanten Neubaus eines Feuerwehrgerätehauses für die Freiwillige Feuerwehr Schildesche und wie sieht der weitere Zeitplan aus?

Antwort: Der ISB hat in Verbindung mit der Feuerwehr mehrere verfügbare

Grundstücke im Stadtbezirk Schildesche geprüft. Bisher ist es allerdings nicht gelungen, ein Grundstück zu finden, das alle Bedingungen an das Baurecht (insbesondere Immissionsschutz) und gleichzeitig die Interessen der Feuerwehr erfüllt.

Der Zeitplan sieht die Prüfung weiterer Möglichkeiten vor.

Zusatzfrage 1

Welche Grundstücke werden für den Neubau gegenwärtig in Betracht gezogen und werden auch Planungen auf dem Grundstück Apfelstraße/Sudbrackstraße weiterhin verfolgt?

Antwort: Das aktuell einzige Grundstück, das die Zustimmung der Feuerwehr findet, liegt an der Apfel- /Sudbrackstraße. Allerdings fehlt noch ein abschließendes Prüfergebnis, ob der Immissionsschutz eine Bebauung zulassen würde.

Zusatzfrage 2

Können Teile des bisherigen Grundstücks der MNGS für einen Neubau in Frage kommen, wenn diese an 2026 geräumt sind/werden oder kann möglicherweise schon frühzeitig auf bisher unbebauten Flächen ein Neubau errichtet werden?

Antwort: Grundsätzlich kommen Teile des nach 2026 freigeräumten Grundstücks der MNGS für einen Neubau in Frage. Der ISB geht davon jedoch aus, dass es eine Grundsatzentscheidung zu der künftigen Verwendung des Grundstücks geben wird und es ist nicht bekannt, ob es mit der Errichtung eines Feuerwehrgerätehauses in Einklang zu bringen wäre. Im Übrigen hat die Feuerwehr diesen Vorschlag abgelehnt, weil sie eine frühere Lösung anstrebt.

Darüber hinaus gibt es eine dem Grundstück der bisherigen MNGS nahegelegene Wohnbebauung. Nach den aktuellen Erfahrungen an anderen Standorten (Senne-stadt, Theesen, Jöllenbeck, Dornberg) ist es nach den geltenden Vorschriften äußerst schwierig, Einrichtungen der Feuerwehr in der Nähe von Wohngebieten zu errichten. Das gilt insbesondere für die Möglichkeit einer vorzeitigen Nutzung des Grundstücks. Die einzige Fläche, die dafür von ihrer Größe in Frage käme, liegt wiederum sehr nahe an einer Wohnbebauung. Darüber hinaus ist eine vorzeitige Nutzung von Teilen des Grundstücks schwierig, weil demnächst noch Flächen für Stellplätze ersetzt werden sollen (Park&Ride) und die Baustellenlogistik auch Lagerflächen benötigt.

Frau Kleinekathofer (SPD) findet die Antworten enttäuschend. Sie kündigt für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung eine ergänzende Mitteilung an.

Kenntnisnahme

-.-.-

Zu Punkt 5

Anträge

Zu Punkt 5.1

Öffentliche Toilettenanlage am Obersee (gem. Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen und des Vertreters der Partei Die Linke v. 03.04.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1161/2020-2025

Herr Wasyliw (CDU) merkt an, dass bisherige Vorstöße zur Errichtung

einer Toilettenanlage an folgenden Punkten gescheitert sind:

- Fehlende Reinigung
- Schäden durch Vandalismus
- Keine Versorgungsleitungen

Frau Kleinekathöfer und Herr Benesch (beide SPD) erklären, dass sie sich vor Antragstellung informiert haben und ihr konkreter Vorschlag sowohl einen Schließ- und Putzdienst als auch notwendige Versorgungsleitungen beinhaltet.

Herr Spalek (FDP) bittet darum, diese Angaben im Antrag aufzuführen, damit jedes Mitglied die gleiche Informationsgrundlage hat.

Herr Wasyliw (CDU) schließt sich dieser Bitte an.

Sodann lässt Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer über diesen Antrag abstimmen. Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche bittet die Verwaltung, eine öffentliche Toilettenanlage am Obersee zu errichten, zum Beispiel in der Nähe eines der Parkplätze.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

Zustimmung: 9

Enthaltung: 5

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Schrankenanlagen an den bekannten Gefahrenstellen der Linie 1 an der Beckhausstraße (gem. Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und des Vertreters der Partei Die Linke v. 28.03.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1170/2020-2025

Der Antrag wurde zurückgezogen

-.-.-

Zu Punkt 5.3

Sicherheit im Bereich der Linie 1/Deciusstraße (Antrag der CDU-Fraktion v. 06.04.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1180/2020-2025

Zu Beginn der Diskussion über die beiden Anträge (s. TOP 5.2 und 5.3) zur Sicherheit an der Gefahrenstelle Bahnüberquerungen Beckhausstra-

ße regt Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer an, einen gemeinsamen Antrag zu stellen.

Herr Wasyliw (CDU) erinnert daran, dass dieses Thema die Bezirksvertretung Schildesche schon lange und immer wieder beschäftigt. Vielfältige Ideen (z. B. rote Dauerlichter statt gelber Blinklichter, Schrankenlösungen, Erhebungen im Boden) zur Vermeidung von Unfällen wurden bereits vorgeschlagen.

Vor mehr als fünf Jahren wurde eine Schrankenlösung von der Verwaltung abgelehnt. Der heutige Antrag der CDU umfasse eine umfangreiche Überprüfung aller möglichen Maßnahmen. Auf diese Weise können die vollständige Fachkompetenz und neue technische Möglichkeiten genutzt werden.

Die Verwaltung solle bis zur nächsten Sitzung gebeten werden, sinnvolle Lösungen vorzustellen. Erst dann solle die beste Lösung beschlossen werden.

Herr Benesch (SPD) erklärt, dass seine Fraktion eine Schranke favorisiert, weil sie eindeutig visualisiert, dass eine Bahn kommt. Er spricht sich für eine schnelle Lösung aus, bevor es zu weiteren Unfällen kommt. Ein Prüfauftrag an die Verwaltung müsste deshalb zügig umgesetzt werden. Eine mögliche Schrankenlösung soll dabei ausdrücklich in die Prüfung einbezogen werden.

Herr Godejohann (B 90/Die Grünen) und Herr Spalek (FDP) mahnen Eignigkeit innerhalb der Bezirksvertretung an. Beide sprechen sich für eine umfassende Überprüfung aller Möglichkeiten aus.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer schlägt sodann vor, über den Antrag der CDU-Fraktion abzustimmen, da er der weitergehende Antrag ist. Der Antragstext wird wie folgt ergänzt: „Besonders die Eignung von Schranken soll überprüft werden“ und „die Ergebnisse der Prüfung sollen bis zur nächsten Sitzung vorgestellt werden.“

Der Antrag der Fraktionen SPD, B 90/Die Grünen und Die Linke Dr.-Nr. 1170/2020-2025 wird zurückgezogen.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche beschließt, dass die Fachverwaltung und moBiel einen umfassenden Lagebericht zur verkehrlichen Situation rund um den Verlauf der Stadtbahnlinie 1 zwischen den Haltestellen Johannesstift und Kattenkamp (hier insbesondere den Kreuzungsbereichen Meierfeld, Hamfeldstraße, Deciusstraße) mit dem Schwerpunkt auf das Unfallgeschehen der letzten sieben Jahre erstellen, potentielle Maßnahmen zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit (insbesondere bei Kreuzungssituationen) sichten und bewerten sowie in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung vorzustellen. Besonders die Eignung von Schranken soll überprüft werden.

Die Unfallkommission der Stadt Bielefeld wird gebeten, sich ebenfalls mit

der Gesamtsituation konstruktiv zu befassen. Mögliche Vorschläge, die zu einer Verbesserung der Situation führen könnten, sind der Bezirksvertretung vorzustellen.

- abweichend vom Beschlussvorschlag einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.4 Parkplätze am Hofeichenweg markieren (gem. Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen und des Vertreters der Partei Die Linke v. 02.04.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1172/2020-2025

Frau Kleinekathöfer (SPD) betont, dass es bei diesem Antrag darum geht, rechtssichere Parkplätze zu schaffen.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

In dem Wendehammer am Hofeichenweg sollen Parkplätze entsprechend der bereits real genutzten Parksituation (s. Bilder) markiert werden.



- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.5 Mülltonnen am Obersee vergrößern (Antrag der CDU-Fraktion v. 06.04.2021)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1183/2020-2025

Frau Wegner (B 90/Die Grünen) sieht die Notwendigkeit dieses Antrags nicht ein. Bereits jetzt stehen zahlreiche große Mülltonnen am Obersee.

Frau Kleinekathöfer (SPD) ergänzt, dass sie vom Umweltbetrieb erfahren hat, dass abgängige Müllbehälter nach und nach durch größere mit Deckel ersetzt würden. Einige davon seien bereits in den Grünanlagen um den Obersee installiert.

Herr Wasyliw (CDU) betont, dass entsprechend seines Antrags nur Mülltonnen gegen größere ausgetauscht werden sollen, die sowieso ersetzt werden müssen.

Die BV fasst folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche beschließt, dass bei allen auszutauschenden/zu ersetzenden Müllbehältern im Bereich des Obersees (und anderen stark frequentierten städtischen Grünzügen) künftig nur noch größere Behälter mit statischem Deckel verwendet werden.

Zudem wird die Verwaltung gebeten eine Kostenaufstellung anzufertigen, wenn bereits zum jetzigen Zeitpunkt alle Müllbehälter am Obersee (auf Schildsker Grund) gegen die größeren Behälter ausgetauscht würden.

- einstimmig bei zahlreichen Enthaltungen beschlossen -

Zustimmung: 6

Enthaltung: 8

-.-.-

Zu Punkt 6

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. II/2/23.03 „Erweiterung Plafschule“ für das Gebiet südwestlich des Meyer-zu-Eissen-Wegs, nördlich der Plafstraße und südlich der Straße Liethstück im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB

- Stadtbezirk Schildesche -

Entwurfsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1038/2020-2025

Ohne weitere Diskussion fasst die BV folgenden

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. II/2/23.03 „Erweiterung Plafschule“ für das Gebiet südwestlich des Meyer-zu-Eissen-Wegs, nördlich der Plafstraße und südlich der Straße Liethstück wird mit dem Text und der Begründung als Entwurf beschlossen.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes ist mit Text und Begründung für die Dauer eines Monats gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die Auslegung ist gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich bekannt zu machen.
3. Parallel zur Auslegung sind die Behörden und sonstigen Träger öffent-

- licher Belange gemäß § 4 (2) BauGB zu beteiligen.
4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Verabschiedung des Konzepts zur "Kunst im öffentlichen Raum" in Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 0550/2020-2025

Herr Weber (CDU) beantragt die 1. Lesung. Er thematisiert die mangelnde Beteiligung der Bezirksvertretung. Zudem besteht für seine Fraktion noch inhaltlicher Beratungsbedarf.

Die Mitglieder stimmen dem Antrag einstimmig zu.

1. Lesung -

-.-.-

Zu Punkt 8

Errichtung eine T 30 –Zone in der Straße Im Drewer Esch und 30 km/h Strecken-beschilderung in der Splittenbreite

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 1030/2020-2025

Frau Weber (CDU) erklärt, dass ihre Fraktion der Anordnung einer Tempo 30-Zone Im Drewer Esch zustimmen kann, da es sich um eine Straße innerhalb eines Wohngebietes handelt.

Für die Splittenbreite bestehe ihrer Meinung nach keine Notwendigkeit, eine Streckenbeschilderung „30 km/h“ aufzustellen, da es hier kaum Geschwindigkeitsüberschreitungen gäbe. Zudem reduziert die Ampelanlage an der Jöllenbecker Straße den Verkehr bereits erheblich.

Sie bittet darum, den Beschlussvorschlag zu splitten und über beide Maßnahmen getrennt abzustimmen.

Herr Grün (B 90/Die Grüne) merkt an, dass die Straße rundum die Splittenbreite bereits Tempo 30-Zonen sind. Es mache Sinn, hier eine Einheitlichkeit zu schaffen.

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer lässt sodann über beide Maßnahmen getrennt abstimmen.

Die BV fasst folgenden

Beschluss - getrennte Abstimmung einzelner Punkte:

Zur Erhöhung der Verkehrssicherheit für den Rad- und Fußverkehr wird in der Straße Splittenbreite eine Streckenbeschilderung „30 km/h“ angeordnet.

Zustimmung: 9
Ablehnung: 5

Im Drewer Esch wird eine Tempo 30-Zone angeordnet.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 9

Global Goals Radweg Erweiterung um eine Station im Stadtbezirk Schildesche in der Grünanlage Am Bultkamp Nachtrag zur und Verlängerung der vertraglichen Vereinbarungen

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 1113/2020-2025

Ohne weitere Diskussion fasst die BV folgenden

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Schildesche stimmt der Verlängerung der vertraglichen Vereinbarungen mit dem Welthaus Bielefeld e.V. und die Bezirksvertretung Schildesche stimmt insbesondere der Erweiterung um eine Station im Stadtbezirk Heepen zu. Grundlagen sind:

- a) die Übersicht aller Stationen des Radwegs (Anlage 1)
- b) die Beschreibung des neuen Standortes in der Grünanlage am Bultkamp (Anlage 2)

Die Umsetzung des Beschlusses erfolgt unter der Bedingung, dass der Verein Welthaus e. V. als Projektträger neben der Errichtung der Global Goals Radweg Stationen weiterhin dauerhaft sämtliche Eigentümerpflichten für die Stationen (Verkehrssicherung, Unterhaltung, regelmäßige Überprüfung, Dokumentation, Rückbau bei Vertragsende) übernimmt, die Kosten für die Errichtung der neuen Station übernimmt und die Stadt von Haftungsansprüchen freistellt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 10

Fahrradverleihsystem, hier: Standorte im Stadtbezirk Schildesche

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1066/2020-2025

Frau Weber (CDU) schlägt vor, dass geprüft werden solle:
Kann in der Straße „Horstheider Weg“ ebenfalls die flexible Rückgabe ermöglicht werden („blau“ gefärbt)? und
Können an der Apfelstraße, Jöllenbecker Straße (Höhe Combi) und Am Obersee jeweils Abstellpunkte ergänzt werden („orange“ gefärbt)?

Die Bezirksvertretung Schildesche fasst folgenden

Beschluss:

Die Standorte im Bezirk Schildesche und die flexiblen Rückgabestraßen werden für die Phase II des Fahrradverleihsystems beschlossen (siehe Anlage 1).

Geprüft wird, ob in der Straße „Horstheider Weg“ ebenfalls die flexible Rückgabe ermöglicht wird („blau“ gefärbt) und an der Apfelstraße, Jöllenbecker Straße (Höhe Combi) und Am Obersee Abstellpunkte ergänzt werden („orange“ gefärbt).

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Änderung eines Standortes für das Projekt Familiengrundschulzentrum und Zwischenbericht zum Projekt der Familiengrundschulzentren

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 1107/2020-2025

Herr Bezirksbürgermeister Prof. Dr. Sauer erklärt, dass die Leiterin der Sudbrackschule, Frau Reiske zu gegebener Zeit von den Erfahrungen der Sudbrackschule als Familiengrundschulzentrum berichten wird.

Die Bezirksvertretung Schildesche nimmt zur Kenntnis, der Schul- und Sportausschuss und der Jugendhilfeausschuss beschließen:

Es erfolgt ein Standortwechsel für das Projekt „Familiengrundschulzentrum“.

Das Projekt wird von der Südschule in Brackwede an die Osningschule in Stieghorst übergeleitet.

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Zu Punkt 12.1

Aufstellung einer Laterne am Eingang „Grünzug Bultkamp“ (Antrag 9668/2014-2020 der Fraktion Die Linke in der Sitzung am 21.11.2019)

Das Amt für Verkehr teilt dazu mit:

„Nach Rücksprache mit dem UWB wird das Amt für Verkehr den Zugang zur Grünanlage Bultkamp Höhe Apfelstraße 148 beleuchten. Dem Bielefelder Standard entsprechend wird eine erdverkabelte Beleuchtungsanlage mit fünf Meter hohen Masten und LED-Leuchten installiert. Die Schätzkosten belaufen sich auf brutto 12.500 €.“

-.-.-

Zu Punkt 12.2 Ergänzung zur Anfrage der SPD-Fraktion 0251/2020-2025 vom 1.12.2020: Zusätzliche Parkplätze Haferkamp

Herr Benesch (SPD) teilt mit, dass die Anfrage, zusätzliche Parkplätze im Wendehammer Haferkamp zu schaffen, nach Rücksprache mit dem Amt für Verkehr noch einmal neu aufgenommen werden soll.

-.-.-